



Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Juni 2019, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Ambühl Georg (SVP) und Jeitziner Karin (FDP)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>Der Vorstoss «Antennenreglement - Interpellation im Zusammenhang mit 5G» wird von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2019/143
1. Protokoll der Ratssitzung vom 22.05.2019 <i>://: Das Protokoll vom 22.05.2019 wird einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2019/2020 <i>://: Wahl von Werner Fischer (FDP) als Ratspräsident und von Verena Baumgartner (GL) als Vizepräsidentin sowie der übrigen Büromitglieder gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen.</i>	2019/146
3. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl der vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen in die BPK, GPK, GOR sowie SBK.</i>	2019/147
4. Rechnung 2018 - Berichte Stadtrat und Finanzkommission (FIKO) <i>://: Die Rechnung 2018, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.</i>	2019/134 2019/134a
5. Amtsbericht 2018 - Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Der Amtsbericht 2018 wird einstimmig genehmigt.</i>	2019/128 2019/128a
6. Parkplätze - Interpellation von Vreni Büchi namens der FDP-Fraktion betreffend Parkplätzen <i>Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2019/139
7. Insektizide im Wald - Interpellation betreffend Insektiziden im Wald von Nathalie Oberholzer der Grünen Fraktion <i>Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2019/140
8. Nachhaltigkeit - Postulat betreffend Fachperson "Nachhaltigkeitsbeauftragte / Nachhaltigkeitsbeauftragter" von Nathalie Oberholzer der GL-Fraktion, Marianne Quensel der SP-Fraktion und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2019/141

9. Universität - Postulat «Keine Universität am Dreispitz - neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen. 2019/142
10. Seniorenparkanlagen - Interpellation «Bewegungsgeräte für Seniorenparkanlagen» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagt wegen Zeitmangel. 2019/144
11. Deponie Elbisgraben - Interpellation betreffend erhöhte Arsenwerte in der Deponie Elbisgraben von Loris Jeitziner und Dominique Meschberger der SP-Fraktion
Vertagt wegen Zeitmangel. 2019/145

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Sitzung im Amtsjahr 2018/2019.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Ratssitzung wird um 18.00 Uhr geschlossen, da anschliessend noch der von der FDP Liestal offerierte Apéro vor dem Regierungsgebäude sowie das Amtsjahrschlussessen im Hotel/Restaurant Bienenberg stattfinden wird. Angesichts der kurzen Sitzungsdauer wird es heute keine Pause geben.
- In der letzten Fragestunde vom 22. Mai 2019 konnte eine rechtzeitig eingereichte Frage von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) wegen einem Missgeschick nicht behandelt werden, wofür man sich bei der Fragestellerin nochmals entschuldigt. Die von ihr gestellte Frage betreffend «Outdoor-Ausstellung Visionen 19» ist vom Stadtrat beantwortet worden.
- Der Terminplan 2020 und auch der Detailterminplan für das Kalenderjahr 2020 ist vom Büro an der letzten Sitzung beschlossen worden. Die beiden Terminpläne sind an der heutigen Sitzung als Tischpapiere verteilt worden.
- Wegen den aktuell heissen Temperaturen ist ausnahmsweise beim Saaleingang Mineralwasser bereit gestellt worden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- Vorlage Nr. 2019/143a (schriftliche Beantwortung von Interpellation durch Stadtrat)
- Vorlagen Nr. 2019/148 - Nr. 2019/152 (neue Vorstösse)
- Terminplan 2020 und Detail-Terminplan 2020

Neue persönliche Vorstösse

- Briefkästen Rathaus - Kleine Anfrage «Briefkästen für die Öffentlichkeit zum Einwerfen von Stimmzetteln und Steuererklärungen beim Rathaus, Haupteingang» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/148)
- Parkkarten - Postulat betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion, Daniela Reichenstein namens der FDP-Fraktion und Stefan Fraefel namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/149)
- Klimaangepasste Stadtentwicklung - Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse - Strategie - Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/150)
- Personalressourcen - Postulat zur Erhöhung der Personalressourcen von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2019/151)
- Stadthalle - Interpellation «Stadthalle light» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2019/152)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------|----------------------------------------|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Zumsteg Hanspeter (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Die Stimmenzähler zeichnen unter dem Vorsitz von Denise Meyer (SVP) ebenfalls als Wahlbüro bei der schriftlichen Wahl des Ratspräsidiums sowie des Vizepräsidiums gemäss Vorlage Nr. 2019/146 verantwortlich.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler orientiert, dass am letzten Montagabend die Bevölkerungsinformation betreffend dem Vierspurausbau zahlreich besucht wurde, nachdem am Morgen der Spatenstich erfolgt war. Am heutigen Morgen hatte das Organisationskomitee über die Highlights vom Stadtfest Liestal vom 06. - 08. September 2019 informiert und die Medienmitteilung ist unter anderem auch den Einwohnerratsmitgliedern übermittelt worden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert, dass der Kunstrasen-Ersatz doch noch dieses Jahr realisiert wird. Die Terminverschiebung ins Jahr 2020 ist wunschgemäss geprüft worden. Die Ersatzanschaffung wird nun trotzdem im 2019 realisiert, da die offerierten Preise noch bis im August 2019 Gültigkeit haben und auch das Ausschreibungsverfahren muss nicht mehr wiederholt werden muss. Ab September 2019 fällt zudem das Fussball-Spielfeld entlang dem Bahndamm weg und deshalb ist es wichtig, dass das Kunstrasenfeld noch dieses Jahr ersetzt werden kann.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt die Frage, ob bezüglich der Traktandenliste Wortbegehren angemeldet werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt den Antrag, dass das Geschäft betreffend der Interpellation «Antennenreglement - Interpellation im Zusammenhang mit 5G» (Nr. 2019/143) von der Traktandenliste abgesetzt wird. Die schriftliche Interpellationsbeantwortung ist vom Stadtrat erst gestern verabschiedet und die Vorlage Nr. 2019/143a vorgängig der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden, weshalb man den Bericht zu ihrer Interpellation auch noch nicht richtig lesen konnte.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Interpellation Nr. 2019/143 «Antennenreglement - Interpellation im Zusammenhang mit 5G» wird einstimmig von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Behandlung der traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 12. Juni 2019 mit Berücksichtigung des vorgängigen Entscheides im Zusammenhang mit dem Vorstoss Nr. 2019/143.

235 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 22. Mai 2019

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass das Büro dem Rat die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles vom 22. Mai 2019 beantragt, da beim Ratsbüro keine Änderungsanträge eingegangen sind

Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 22. Mai 2019 wird einstimmig genehmigt.

236 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2019/2020 (Nr. 2019/146)

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert über den Ablauf bzw. die Behandlung der heutigen Wahlgeschäfte:

- Präsidium und Vizepräsidium sind schriftlich zu wählen.
- Die übrigen Büromitglieder können offen und gesamthaft gewählt werden.
- Die Nominierten bzw. die Wahlvorschläge werden aus Zeitgründen nicht verlesen.
- Das Verteilen und Einsammeln der Wahlzettel geschieht durch das Wahlbüro bzw. die vorgängig bezeichneten Stimmzähler.
- Während der Auszählung der Wahlzettel durch das Wahlbüro werden die übrigen traktandierten Geschäfte behandelt.
- Die Wahlresultate werden jeweils am Schluss eines behandelten Traktandums bekannt gegeben.
- Erst nach Bekanntgabe der Wahlresultate erfolgt die nächste Wahl bzw. die Verteilung der Wahlzettel.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Präsidenten festgestellt werden, dass der Rat dem vom Büro vorgeschlagenen Wahlprozedere stillschweigend zustimmt.

a) Präsidium

Daniela Reichenstein (FDP) stellt den für das nächste Amtsjahr vorgeschlagenen Ratspräsidenten Werner Fischer vor: Er ist 1963 geboren und in Liestal aufgewachsen. Seit 1996 ist er verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Er hatte alle Schulen in Liestal besucht und hatte anschliessend die Lehre als Landschaftsgärtner absolviert. Im Jahre 1988 hatte er zudem die Meisterprüfung abgelegt. Ab 1997 hatte er während 10 Jahren den Gärtnermeisterverband beider Basel präsidiert. Aktuell arbeitet er im Raum Aargau als Bauleiter eines Gartenbauunternehmens. Seit 2013 ist er im Einwohnerrat und vor einem Jahr ist er als Vizepräsident gewählt worden. Er ist zudem seit rund 40 Jahren aktiver Fasnächtler und seit 2016 ist er Chef der vierten Banntagrotte. Seit 2005 ist er Mitglied der Zunft zum Stab. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Rat die Wahl von Werner Fischer als Präsidenten des Einwohnerrates für das nächste Amtsjahr.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	36
- Ungültige und leere Wahlzettel:	1
- Gültige Wahlzettel:	35
- Stimmen haben erhalten:	
. Werner Fischer (FDP)	35

://: Werner Fischer (FDP) wird mit 35 Stimmen für das Amtsjahr 2019/2020 als Ratspräsident gewählt.

Werner Fischer (FDP) dankt für das Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Stadtpräsident Daniel Spinnler überreicht dem neuen Ratspräsidenten namens des Stadtrates einen Blumenstrauss und wünscht ihm viel Glück in seinem Amtsjahr als Einwohnerratspräsident.

b) Vize-Präsidium

Michael Durrer (GL) stellt die von der Grünen Fraktion vorgeschlagene Vizepräsidentin vor: Ratskollegin Vreni Baumgartner ist in Liestal aufgewachsen und wohnt zusammen mit ihrem Ehemann und ihrem Kleinkind mitten im Stedtli. Sie gehört dem Einwohnerrat seit 2013 an und seit Sommer 2015 präsidiert sie die SBK-Kommission. Sie arbeitet als Gymnasiallehrerin an einer Privatschule in Basel. Sie hat eine langjährige Pfadi-Karriere hinter und leistet zudem Feuerwehrdienst. Seine Fraktion freut es, eine junge und engagierte Frau für das nächste Amtsjahr als Vizepräsidentin vorschlagen zu dürfen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge gemacht oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	36
- Ungültige und leere Wahlzettel:	2
- Gültige Wahlzettel:	34
- Stimmen haben erhalten:	
. Verena Baumgartner (GL)	34

://: Verena Baumgartner (GL) wird mit 34 Stimmen für das Amtsjahr 2019/2020 als Vizepräsidentin des Einwohnerrates gewählt.

Verena Baumgartner (GL) dankt für das Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

c) Wahl übrige Ratsbüromitglieder

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass die von den Fraktionen nominierten übrigen Büromitglieder in der Vorlage Nr. 2019/146 aufgelistet sind und auf das Verlesen der Nominierten verzichtet wird.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Büromitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Ratsbüromitglieder für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Imsand Bruno (FDP)
Meschberger Dominique (SP)
Meyer Denise (SVP)
Salathé Andreas (CVP/EVP/GLP)
Quensel Marianne (SP)

Ersatzmitglieder:

Bonjour Bernhard (SP)
Büchi Verena (FDP)
Holinger Lorenz (SVP)
Wunderlin Vreni (CVP/EVP/GLP)
Zumsteg Hanspeter (GL)

237 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahl in einwohnerrätliche Kommission (Nr. 2019/147)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und en globo gewählt wird.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Ratsmitglieder einstimmig in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Meschberger Dominique (SP) anstelle von Quensel Marianne (SP) als BPK-Ersatzmitglied
- Salathé Andreas (CVP/EVP/GLP) anstelle von Jackomuthu Hilman (CVP/EVP/GLP) als BPK-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Thommen Susanna (CVP/EVP/GLP) anstelle von Jackomuthu Hilman (CVP/EVP/GLP) als GPK-Mitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Küng Peter (SP) anstelle von Bonjour Bernhard (SP) als GOR-Mitglied

Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

- Thommen Susanna (CVP/EVP/GLP) anstelle von Steinger Pia (CVP/EVP/GLP) als SBK-Ersatzmitglied

238 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Rechnung 2018 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission (Nr. 2019/134)

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass das Geschäft gemäss folgendem Ablauf behandelt wird:

- a) Eintreten
- b) FIKO-Bericht
- c) Fraktionssprecher
- d) Einzelsprecher
- e) Stadtrat
- f) Abstimmung

* * * * *

a) Eintreten

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) FIKO-Bericht

Fabian Eisenring (SP) stellt als Präsident der Finanzkommission den Bericht zur Rechnung gemäss Vorlage Nr. 2019/134a vor: Die Rechnung 2018 ist an zwei Sitzungen beraten worden, wobei an einer Sitzung der Management Letter durch die ROD-Treuhandfirma vorgestellt wurde. Es wurden keine weiteren Schwerpunktthemen festgelegt. Die Rechnung 2018 schliesst mit einem kleinen Ertragsüberschuss ab und die Selbstfinanzierung ist um TCHF 1'053 höher als budgetiert. Erfreut hat die FIKO davon Kenntnis genommen, dass die Steuererträge verbessert werden konnten und somit durfte man wohl die ersten Früchte der Wachstumsstrategie ernten. Der Planungskredit für das Elefantenbrüggli ist vom Rat abgelehnt worden und weitere Investitionen sind vom Stadtrat auf die Folgejahre verschoben bzw. nicht im Jahr 2018 realisiert worden. Von der Firma ROD Treuhandgesellschaft ist unter anderem festgestellt worden, dass die finanzielle Situation der Stadt Liestal als solide beurteilt wird. Die Budgetabweichungen konnten vom Stadtrat und der Verwaltung plausibel begründet und erläutert werden. Die ROD Treuhandgesellschaft und die FIKO beantragen dem Rat die Genehmigung der Rechnung 2018. Dem Stadtrat und der Verwaltung spricht die FIKO den besten Dank für die Erstellung der Rechnung 2018 und gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Vorberatung durch die FIKO.

c) Fraktionssprecher

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, seine Fraktion freue sich über den positiven Rechnungsabschluss, auch wenn der Ertragsüberschuss bescheiden ist. Das Endergebnis weist gegenüber dem Budget ein besseres Ergebnis von rund TCHF 600 aus, was wegen dem haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln und einmaligen Rückzahlung von EL-Beiträgen möglich war. Ohne Sondereffekte würde ein Aufwandüberschuss von rund 1,5 Mio. Franken resultieren. Leider sind die Steuererträge der natürlichen Personen im 2018 zurückgegangen, doch resultiert bei den juristischen Personen ein markanter Mehrertrag, was positive Signale sind. Die grossen Kostenindikatoren sind leider die immens ansteigenden Kosten im gesamten Sozialbereich, was die Handlungsfähigkeit von Liestal fast unerträglich einschränkt. Es sind Zustände, die Massnahmen zur Verbesserung dieser unbefriedigenden Situation erfordern. Die Selbstfinanzierung ist zwar etwas besser geworden, bewegt sich

aber immer noch auf einem tiefen Niveau. Weil diverse Investitionen im vergangenen Jahr nicht getätigt werden konnten, beträgt das Fremdkapital rund 39 Mio. Franken, was zwar eine willkommene Nebenerscheinung ist, doch werden die veranschlagten Kosten schlussendlich gleichwohl auf uns zukommen. Die SVP-Fraktion wird der Rechnungsgenehmigung zustimmen.

Benjamin Holinger (GL) äussert, auch seine Fraktion wird die Rechnung 2018 genehmigen. Die Rechnung 2018 ist sehr gut leserlich und die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung bei der Vorberatung durch die FIKO sehr gut. Dank der einmaligen Rückzahlung von Ergänzungsleistungen als Ergebnis der Fairness-Initiative schliesst die Rechnung 2018 mit einem kleinen Überschuss ab. Es lohnt sich halt schon, wenn der Stadtrat die Interessen von Liestal beim Kanton verteidigt und interveniert. Sorge bereitet aber schon, dass das positive Ergebnis wegen diversen Sparmassnahmen und dem umsichtigen Umgang mit dem Geld zustande gekommen ist. So wurden verschiedene geplante Investitionen nicht getätigt, und wenn im Moment etwas investiert wird, dann ist es in Stahl und Beton. Ihm fehlen aber doch Investitionen in den Fortschritt oder finanziellen Mittel, die zu Gunsten des Grünflächenkonzeptes eingesetzt werden. Trotz Wachstum hat der Stellenplan seit längerer Zeit keine Anpassung mehr erfahren und auch diesbezüglich müsste man in den Fortschritt investieren.

Pascale Meschberger (SP) führt aus, die SP-Fraktion habe das Ergebnis der Rechnung 2018 wohlwollend zur Kenntnis genommen und wird ebenfalls die Genehmigungsanträge des Stadtrates und der FIKO unterstützen. Ihre Fraktion ist nicht ganz so pessimistisch und kann die Aussage der ROD Treuhandgesellschaft unterstützen, dass die Finanzlage der Stadt Liestal doch als solide bezeichnet werden kann.

Dominic Odermatt (FDP) bemerkt, seine Fraktion wird die Rechnung 2018 genehmigen. Die schwarze Null zeigt das korrekte Abbild der Rechnung 2018 und es sind keine Beschönigungen vorgenommen worden. Stadtrat und Verwaltung arbeiten sorgfältig und hatten auch die Fragen der FIKO zufriedenstellend beantwortet. Die Einnahmen sind wiederum angestiegen, doch haben die Ausgaben insbesondere im Bereich Soziales, Sicherheit, Asylwesen, KESB usw. auch im gleichen Umfang zugenommen und sind höher als budgetiert angefallen. Die finanziellen Folgen gemäss gesetzlichen Vorgaben schränken den Handlungsspielraum der Gemeinden vermehrt ein und lassen diesen einen kleinen Spielraum bei den Entscheiden, für was das Geld ausgegeben werden kann.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) meint, er verzichte auf Wiederholungen und habe deshalb nichts zu sagen.

d) Einzelredner

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass sich aus dem Rat keine Einzelredner zur Rechnung 2018 äussern möchten.

e) Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass nur mit speziellen Massnahmen der kleine Ertragsüberschuss erreicht werden konnte. So mussten mit speziellen Massnahmen beim Kanton grössere Beiträge eingefordert werden und man wird auch weiterhin die Interessen von Liestal und anderer Gemeinden beim Kanton wahren. Die Korrektur im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative wird erst bei der Rechnung 2019 sichtbar und den Finanzhaushalt von Liestal um 1,2 Mio. Franken entlasten. Mit verschiedenen Massnahmen konnte vom Stadtrat die Rechnung 2018 um rund TCHF 600 entlastet werden. Trotzdem ist man nicht nachhaltig unterwegs, denn ohne Sondereffekte würde sich der Aufwandüberschuss auf

rund 1,4 Mio. Franken belaufen und nach wie vor hat man einen Steuerfuss von 65 Prozent. Die Verschiebung der veranschlagten Investitionen ist vom Stadtrat begründet worden. Der Kunstrasen wird erst im 2019 fällig, die Elefantenbrüggli-Planung ist vom Einwohnerrat abgelehnt worden und der Vierspurausbau wird ebenfalls erst dieses Jahr fällig. Der Stadtrat investiert nicht nur in Beton und Stahl und verfolgt konsequent seine Strategie, indem er dort investiert, wo auch Entwicklungspotential vorhanden ist. Und selbst wenn man sich für den Fernverkehr einsetzt, holt man sich Hilfe, doch sollen damit nicht gleich Leute fest angestellt werden. Mehrere Mitarbeiter in den Betrieben arbeiten an den Grünflächen, denn das Konzept der Grünen Oase ist auch dem Stadtrat wichtig. Auch die Digitalisierung hilft mit, dass die Verwaltung effizienter wird und die anfallenden Arbeiten mit der bestehenden Mannschaft erledigt werden können. Abschliessend dankt er dem Rat für die positive Aufnahme im Zusammenhang mit der Rechnung 2018 sowie die gute Zusammenarbeit bei der Vorberaterung der stadträtlichen Vorlage.

e) Abstimmung

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er deshalb über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt, welcher identisch mit demjenigen der FIKO ist.

://: Die Rechnung 2018, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.

239 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Amtsbericht 2018 - Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2019/128)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt als GPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2019/128a kurz vor: Die Kommission ist davon überzeugt, mit dem gewählten Vorgehen den stadträtlichen Bericht in ausreichender Tiefe durchleuchtet zu haben. Dabei sind auch keine relevanten Ungereimtheiten festgestellt worden. Im GPK-Bericht wird auf wichtige Punkte hingewiesen, die speziell aufgefallen sind. Er verzichte deshalb auf Wiederholungen. Es ist ihm ein Anliegen dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die seriösen und kompetenten Arbeiten zu danken. Ebenfalls möchte er den GPK-Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Prüfung des Amtsberichtes 2018 danken. Die GPK beantragt dem Rat die Genehmigung des Amtsberichtes 2018.

Lisa Faust (GL) fasst sich kurz und informiert darüber, dass ihre Fraktion den Amtsbericht 2018 genehmigen wird.

Bernhard Bonjour (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion mit dem Amtsbericht ebenfalls zufrieden ist. Bei dieser Gelegenheit möchte er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt den besten Dank für die im vergangenen Jahr geleisteten Arbeiten aussprechen. Es ist wichtig, dass man diese nicht immer mehr fordert oder gar überfordert und bei personellen Engpässen gar eine Anpassung des Stellenplanes in Erwägung zieht. Auch im Amtsbericht wird die regionale Zusammenarbeit thematisiert und diese macht ja durchaus Sinn. Es gibt dabei ein kleines Problem, welches man durchaus ernst nehmen sollte, denn diese bringt eine Verschiebung der Demokratie mit sich, was gar zu einem Demokratieverlust auf kommunaler Ebene führt.

Patricia Bergamin (SVP) hat keine weiteren Ergänzungen und würdigt nochmals die geleisteten Arbeiten des Stadtrates und der Verwaltung im Zusammenhang mit der Beantwortung der Fragen aus der GPK. Die SVP-Fraktion wird den Amtsbericht 2018 ebenfalls genehmigen.

Benjamin Holinger (GL) regt an, dass man die auf der Seite 6 publizierte Liste mit den hängigen Vorstössen noch mit einer zusätzlichen Spalte versehen könnte, bei welcher der Stadtrat den Stand sowie die Beantwortung des Geschäfts erklären und terminieren würde. Vor allem bei den vor Jahren überwiesenen Postulaten würde es schon interessieren, weshalb noch keine Antwort des Stadtrates vorliegt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die positive Aufnahme des Amtsberichtes 2018 im Rat. Im Zusammenhang der vorgängig gemachten Aussage betreffend der regionalen Zusammenarbeit ist des primär schon so, dass von den Gemeindeexekutiven Abklärungen und Verhandlungen geführt werden, doch ist es nicht so, dass der Einwohnerrat oder die Gemeindeversammlung dabei übergangen werden. Auch der Feuerwehr-Zweckverband ist dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt worden und erst mit dessen Zustimmung ist die direkte Demokratie an die Betriebskommission wegdelegiert worden. Bei der Zusammenarbeit Region Liestal Frenkentaler plus ist man als Verein organisiert, in welchem sich die Exekutiven austauschen und monatlich verschiedene Projekte besprechen. Auch hier wird der Stadtrat mit der Budget-Beschlussfassung demokratisch durch den Einwohnerrat legitimiert. Selbstverständlich kommt der Rat auch bei der Notwendigkeit von gesetzlichen Grundlagen wieder zum Zug. Bezüglich der gewünschten Ergänzung der Pendenzenliste möchte er doch festhalten, dass man auch im letzten Jahr ein paar Postulate mit älterem Datum beantworten und erledigen konnte. Einwohnerrätliche Vorstösse werden nicht einfach

schubladisiert. Nach den Einwohnerratssitzungen priorisiert der Stadtrat an seiner nächsten Sitzung die pendenten Geschäfte sowie neuen Vorstösse und terminiert jeweils die stadträtlichen Antworten an den Einwohnerrat. So muss beispielsweise die stadträtliche Antwort zum Postulat "Begrünung Bahnhof" mit dem "QP Bahnhof" abgestimmt werden. Zwischenberichte dürften wohl meist auch nicht zufriedenstellend sein und nicht viel bringen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäfte keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der GPK abstimmen lässt.

://: Der Amtsbericht 2018 wird einstimmig genehmigt.

240 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Parkplätze - Interpellation von Vreni Büchi namens der FDP-Fraktion betreffend Parkplätzen (Nr. 2019/139)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Vreni Büchi
Im Namen der FDP Fraktion*

Liestal 14. Mai 2019

Interpellation

Ab August 2019 werden auf dem Konrad Peter Areal ca 200 Parkplätze nicht mehr zur Verfügung stehen. Ca. 90 davon wurden von der Stadt bewirtschaftet (und wurden 2010 auch finanziert 175'000.-- Kosten bei ca 90'000.-- Einnahmen /Jahr) Sie dienten damals als Ersatz für das abgerissene Parkhaus Bücheli während des Neubaus. Diese günstigen Parkplätze werden nun wegfallen und viele Arbeitnehmer vor Probleme stellen, die diese Plätze nutzten.

Die Besitzer des Parkhaus Bücheli haben einen Antrag auf vergünstigte Parkplätze für das Personal von Manor abgelehnt.

Da ebenfalls auch auf der Sichertenseite die Park and Ride Plätze wegfallen werden, besteht die Gefahr, dass erneut wieder mehr die Parkplätze in und ums Stedtl von Dauerparkierern (Arbeitnehmern) besetzt werden.

Frage an den Stadtrat:

- *Gibt es in der Umgebung eine Möglichkeit, für Arbeitnehmer, neue günstige Parkplätze zu schaffen, analog denen im Konrad Peter Areal?*

Vreni Büchi

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass der Stadtrat keine Möglichkeit sieht, Ersatz für die wegfallenden Parkplätze zu schaffen, da die Stadt keine Grundstücke besitzt, welche als Parkplätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch verfügt die Stadt nicht über die finanziellen Mittel, um beispielsweise ein Parkhaus finanzieren zu können. Die Interpellantin ist wohl der Meinung, dass die Stadt Parkplätze für diejenigen Arbeitnehmer zur Verfügung stellen sollte, welche hier arbeiten. Und so stellt sich doch auch die Frage, inwieweit die Arbeitgeber in der Pflicht sind, Parkplätze für ihre Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen oder solche mitzufinanzieren.

Vreni Büchi (FDP) erklärt als Interpellantin, dass sie mit den stadträtlichen Antworten zufrieden ist und keine Diskussion wünsche.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/139.

241 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Insektizide im Wald - Interpellation betreffend Insektiziden im Wald von Nathalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2019/149)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Natalie Oberholzer
Grüne Fraktion*

Liestal, 18. Mai 2019

Interpellation

Insektizide im Wald

Das Schweizer Waldgesetz hält fest. «Im Wald dürfen keine umweltgefährdende Stoffe verwendet werden» (Art. 18 WaG). Laut einer Umfrage bei den kantonalen Waldbeauftragten und gemäss der Organisation Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz wurde im Schweizer Wald 2018 allerdings rund 700 kg hochtoxische Insektizide auf gefällte Stämme gespritzt, weil Borkenkäfer die im Wald gelagerten, ungeschälten Stämme befallen könnten.

Wegen des trockenen Sommers und des starken Borkenkäferbefalls mussten auch in Liestal viele Bäume gefällt werden und lagern zurzeit im Wald. Oberhalb des Chlöpfgatterwegs musste praktisch der ganze Fichtenbestand des Hanges gefällt werden. Liestalerinnen und Liestaler sind besorgt, ob auch bei uns Insektizide auf diesen Holzlagern oder anderswo eingesetzt wurden.

Deshalb bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Gibt es Waldeigentümer, welche 2018 oder 2019 Insektizide im Wald eingesetzt haben?*
- 2. Falls ja, welche Waldeigentümer sind dies und welche Orte betrifft dies?*
- 3. Falls ja, welche Insektizide, in welchen Mengen wurden wann und wo eingesetzt?*
- 4. Falls ja, liegen für diese Insektizideinsätze Bewilligungen vor?*
- 5. Falls ja, welche Schutzmassnahmen wurden bei den allfälligen Insektizideinsätzen vorgenommen?*

Natalie Oberholzer, Grüne Fraktion

* * * * *

Stadträtin Marie-Theres Beeler bemerkt, dass fast der ganze Wald in Liestal der Bürgergemeinde gehört und nur gerade etwa fünf Prozent in Privateigentum sind. Aus diesem Grund hat sie die Bürgergemeinde um eine fachliche und sachliche Auskunft zur Interpellationsbeantwortung gebeten. Die wichtigsten Punkte und Kernaussagen stammen aus dem Bericht von Herrn Daniel Wenk, Leiter der Bürgergemeinde Liestal. Im Schweizer Wald werden in ganz wenigen Ausnahmefällen Spritzmittel im Wald ausgebracht. Diese sollen verhindern, dass der linierte Nutzholzborkenkäfer Schäden am geschlagenen liegenden Nadelstammholz verursacht. Der Käfer hinterlässt bis 7 cm lange Gänge im Holzkörper und das führt zu einer massiven Wertverminderung des Nutzholzes. Die Spritzmitteleinsätze bei Holzpoltern werden gezielt, minimaldosiert und fachmännisch durch ausgebildetes Forstpersonal ausgeführt. Die Rückstände der eingesetzten Spritzmittel werden innerhalb kurzer Zeit wieder abgebaut. In Wasserschutzzonen und in der Nähe von Gewässern finden keine Spritzmitteleinsätze statt. Es wird nicht der Fichtenborkenkäfer mit Insektiziden bekämpft, denn dieser befällt stehende Bäume und wenn diese dürr sind, ist es bereits zu spät. Der

Spritzmitteleinsatz kommt nur bei denjenigen Käfern zum Einsatz, welche bereits gefällttes Holz befallen. Die Massnahmen und der Umfang der Insektizid-Verwendung im Glarnerland mit einem Nadelholzanteil von 95 Prozent sind dort wesentlich höher als in unserer Region, wo der Anteil an Nadelholz unter 10 Prozent liegt.

Zur Frage 1: In den Jahren 2018 und 2019 gab es keinerlei Spritzmitteleinsätze durch die Bürgergemeinde, da wegen dem grossen Anfall an Borkenkäfer-Holz in ganz Europa kein Nadelstammholz in Liestal geschlagen wurde. Im Gebiet Chlöpfgatter/Burghalde fanden keine Spritzmittelsätze statt.

Zur Frage 2: Die Antwort erübrigt sich nach der Beantwortung der ersten Frage.

Zur Frage 3: Im Durchschnitt werden im Liestaler Wald normalerweise rund 1'000 m³ Nadelstammholz pro Jahr geschlagen. Die gelagerte und besprühte Holzmenge beansprucht eine Lagerfläche von ca. 30 x 33 Metern. Doch im Moment wird kein Nadelholz geschlagen, weil es sich schlichtweg wegen den schlechten Verkaufspreisen nicht rentiert.

Zur Frage 4: Gemäss Waldgesetz ist es verboten, Insektizide im Wald einzusetzen. Dies mit der erwähnten Ausnahme im Zusammenhang mit geschlagenem Nadelholz. Es gibt eine Pauschalbewilligung im Rahmen der Naturschutzvorschriften. Die Spritzmittel sind gemäss FSC-Richtlinien erlaubt und bauen sich schnell ab.

Nathalie Oberholzer (GL) erklärt als Interpellantin, dass sie mit der umfassenden Beantwortung ihrer Fragen sehr zufrieden ist und die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Nathalie Oberholzer (GL) äussert als Interpellantin, dass der Einsatz von Insektiziden doch nicht ganz so unproblematisch ist, wie es soeben etwas verharmlost dargestellt wurde. Diese können auch in geringen Mengen Krebs auslösen oder zu weiteren gesundheitlichen Schäden führen. Ebenfalls gelten die im Wald eingesetzten Insektizide als Bienengift und können auch für Vögel toxisch sein. Auch das Jahr 2019 dürfte wiederum ein Trocken- und Borkenkäferjahr werden. Damit die problematische Insektizidverwendung vermieden werden kann, sollte man beispielsweise als Alternative das Fichten-Stammholz sofort entrinden und möglichst rasch aus dem Wald abtransportieren. Die Problematik der fehlenden Sägerei-Lagerplätze wegen dem Überangebot an Nadelholz ist bekannt und vielleicht könnten die Gemeinden gar Plätze für die Zwischenlagerung zur Verfügung stellen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält fest, dass die von ihr erwähnte Insektizidverwendung weniger gesundheitsschädigend ist, als wenn man bei einem Getreidefeld vorbei laufen würde. Natürlich ist auch dieses Insektizid nicht toll und ungefährlich, doch wollte sie die Relationen etwas verdeutlichen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2019/140.

242 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Nachhaltigkeit - Postulat betreffend Fachperson "Nachhaltigkeitsbeauftragte / Nachhaltigkeitsbeauftragter" von Nathalie Oberholzer der GL-Fraktion, Marianne Quensel der SP-Fraktion und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/141)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Liestal, 18.05.2019

Postulat

Fachperson "Nachhaltigkeitsbeauftragte / Nachhaltigkeitsbeauftragter"

Die Verwaltung in Liestal wird zunehmend mit komplexen Fragestellungen und grossen Herausforderungen wie Klimawandel, Rohstoffknappheit, Biodiversitätsverlust, etc. konfrontiert.

Heutzutage sollen solche Herausforderungen mit einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung, wie sie auch in der Bundesverfassung und auf kantonaler Ebene verankert ist, angegangen werden. Das Ziel ist: Lebensqualität langfristig zu erhalten.

Eine nachhaltige Entwicklung verlangt, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Prozesse vernetzt betrachtet werden müssen. Das Handeln darf nicht isoliert und eindimensional erfolgen. Für einen erfolgreichen, zielführenden Nachhaltigkeitsprozess sind allerdings bereichs- und themenübergreifende Strukturen nötig.

Komplexe Fragestellungen zu Themen wie Energie, Wasser- und Abwasserbewirtschaftung, Verkehr, Abfall- und Rohstoffbewirtschaftung müssen von der Verwaltung selbstständig bereichsintern erarbeitet und beantwortet werden. Eine kompetente Beantwortung von politischen Vorstössen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung, das frühzeitige Mitwirken in Grossprojekten, wie auch der Umgang mit sensiblen, komplexen Themen wie «Arsen im Elbisgraben» verlangen zunehmend bereichsübergreifende Kompetenz, welche die vielschichtigen Auswirkungen erkennt und das Fachwissen der jeweiligen Bereiche miteinander verknüpft.

Die Mitarbeitenden der Verwaltung sollten entlastet werden und sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren können.

Querschnittsaufgaben sollten hingegen von einer entsprechend ausgebildeten Fachperson für nachhaltige Entwicklung übernommen werden. So können menschliche und finanzielle Ressourcen effizient eingesetzt und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung verbessert werden.

Wir empfehlen daher die Einsetzung einer Fachperson «Nachhaltigkeitsbeauftragte / Nachhaltigkeitsbeauftragter» mit klarem Pflichtenheft unter anderem mit folgenden Zielen:

- *Entlastung der Verwaltung von den zunehmenden komplexen, bereichsübergreifenden Aufgaben.*
- *Fachkundige Beantwortung der zunehmenden Fragestellungen rund um die Themen Klima, Nachhaltigkeit und Umwelt.*
- *Steigerung der Effizienz der Verwaltung bei der Behandlung der Geschäfte.*
- *Querschnittsaufgaben innerhalb der Verwaltung mit einer ganzheitlichen Systemsicht lösen.*
- *Einbezug der Bevölkerung bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung mit Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und Schulung.*
- *Identifikation von Massnahmen, welche sowohl Ressourcen schonen wie auch langfristig Kosten einsparen.*

Wir bitten den Stadtrat daher zu prüfen:

- *Welche bisherigen Aufgaben rund um das Thema Nachhaltige Entwicklung, insbesondere Umwelt- und Klimaschutz, wären sinnvoll einer/m Nachhaltigkeitsbeauftragten zu übertragen?*
- *Welche zusätzlichen, neuen Aufgaben wären für die Stadt Liestal hilfreich?*
- *Welche Ziele können besser/einfacher oder überhaupt erst erreicht werden mithilfe einer solchen Fachperson?*
- *Wo in der Verwaltung ist eine solche Fachperson organisatorisch anzusiedeln und wie kann sichergestellt werden, dass die Person mit ihrer Querschnittsfunktion der gesamten Verwaltung zuarbeiten kann?*
- *Wie kann die Finanzierung dazu geregelt werden? Dabei sollten vielfältige Aspekte berücksichtigt werden. Beispielsweise:*

- Effizienzsteigerung in den Departementen durch Entlastung bei «Umwelt- und Energie-Aufgaben»
- Einsparungen bei externen Mandaten und -Auftragsvergaben
- Zusätzliche Steuererträge durch Zuzüge, weil wir ein positives Bild vermitteln.

Natalie Oberholzer

Marianne Quensel

Domenic Schneider

Grüne Partei

Sozialdemokratische Partei

Grünliberale Partei

* * * * *

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Nathalie Oberholzer (GL) hält als Postulantin fest, dass auch Liestal vor grossen Herausforderungen bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung bei Umwelt- und Klimaschutz usw. steht. Die Umsetzung wirksamer und effizienter Massnahmen, die Verknüpfung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten ist nötig. Komplexe Fragen benötigen eine Fachperson zur Unterstützung, damit Querschnittsaufgaben kompetent gelöst werden können. Die Zeit ist mehr als reif dafür, dass sich Liestal eine solch wertvolle Unterstützung für den Bereich nachhaltige Entwicklung holt. Wertvoll beispielsweise darum, weil damit Kosten zur Schadensverminderung oder Ressourcen-Schonung eingespart werden können. Wertvoll aber auch für unsere Lebensqualität und unsere Umwelt. Auch könnten Fördergelder für die nachhaltige Projekte beim Bund geltend gemacht werden. Sie hofft, dass der Vorstoss an den Stadtrat überwiesen wird, damit dieser die vorgeschlagenen Möglichkeiten überprüfen kann und die Bedürfnisse der Stadt Liestal abgeklärt werden.

Marianne Quensel (SP) meint als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass das Wichtigste bereits von der Vorrednerin gesagt wurde. Wichtig ist im jetzigen Zeitpunkt doch, dass die vorgeschlagenen Ressourcen für die Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, damit sich diese Fachperson den bereits bekannten und auch neuen Themen punkto Nachhaltigkeit widmen kann. Der Rat wird um die Überweisung des Postulates gebeten.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erklärt als Postulant, dass es wohl kaum vorstellbar ist, wenn der Bauarbeiter auf einmal Steuerrechnungen machen sollte oder der Buchhalter Auskünfte zu den Nährwerten zum Mittagessen in der Kantine geben müsste. Die richtigen Leute sollen für die richtigen Aufgaben eingesetzt werden, was mit dem neuen Postulat bezweckt wird. Der Stadtrat soll abklären, ob der Einsatz einer Nachhaltigkeits-Fachperson auf der Verwaltung Sinn macht und dann dem Einwohnerrat wieder Bericht erstatten.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung sehr schätze. Diese Fachleute setzen sich mit bestem Wissen und Gewissen für die Wohlfahrt Liestals ein. Mit dem neuen Vorstoss wird den Mitarbeitern von den Postulanten doch unterstellt, dass sie nicht genügend nachhaltig arbeiten und bevormundet werden sollen, indem man eine Fachperson anstellt, welche ihre Arbeiten bezüglich der Nachhaltigkeit kontrollieren. Eine solche Aufsichtsperson braucht es nicht und sollten diesbezügliche Probleme doch einmal nicht selbst gelöst werden können, würde der Beizug einer externen Beratung gegebenenfalls Sinn machen. Von solchen Spielchen wird dringend abgeraten, denn diese bringen nur einen grossen Unfrieden unter den Mitarbeitern mit sich und dürften im schlimmsten Fall gar noch zu Kündigungen durch Arbeitnehmer führen. Mit dem Postulat soll eine neue Stelle geschaffen werden, welcher einen neuen Aufwandsposten mit sich bringt, welchen wir uns nicht leisten können. Für solche subjektiven und ideologischen Spie-

lereien hat man nun wirklich keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Seine Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass dieser vor der Überweisungsabstimmung eine approximative Kostenschätzung für die postulierte Forderung mit allfällig zu erwartenden Vor- und Nachteilen aufzeigt. Er kann sich ja durchaus vorstellen, dass die Postulanten bereits eine Person für die vorgeschlagene neue Stelle vorschlagen könnten, doch soll sich diese Person dem freien Wettbewerb stellen und nicht auf Kosten der Steuerzahler noch Unfrieden unter den Mitarbeitenden der Stadt stiften. Aus ganz klaren Nachhaltigkeitsgründen wird an die Ratsmitglieder appelliert, diesen Vorstoss nicht zu unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass sich auch die FDP-Fraktion eingehend mit dem Postulat befasste und beispielsweise die Frage gestellt habe, was denn die Hauptaufgabe eines Nachhaltigkeitsbeauftragten sein soll. Die Hauptaufgabe besteht ja darin, dass die Nachhaltigkeit ein Teil der Unternehmungskultur sein soll. Und wenn dieses Ziel auch in der Verwaltung erreicht ist, ist ein Grossteil der Arbeit bereits erledigt. Die konkreten Verbesserungen können dann von den direktbeteiligten Bereichen sowie Personen umgesetzt werden. Die Nachhaltigkeit ist in der Verwaltung bereits heute allgegenwärtig, was ja bei der linksgrünen Mehrheit im Stadtrat ja auch nicht verwundert. Seine Fraktion ist deshalb der Meinung, dass die Verwaltung keinen zusätzlichen Nachhaltigkeitsbeauftragten benötigt und eine solche Stelle nur mit einem zusätzlichen finanziellen Aufwand verbunden wäre und gar zu Doppelspurigkeiten führen könnte. Nach den dauernden Sparbotschaften der Mittefraktion erstaunt es schon etwas, dass diese nun gar dieses Postulat unterstützt. Die FDP-Fraktion lehnt aus den vorgenannten Gründen das Postulat ab.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf ihren Vorredner und hält fest, dass die Mittefraktion ja nach wie vor auch auf die Finanzen schaut, doch hatte sich diese ja auch nicht dafür ausgesprochen, dass gleich eine neue zusätzliche 100%-Stelle geschaffen werden soll. Die vorgeschlagene Nachhaltigkeits-Fachperson soll sich ja schwergewichtig mit Koordinationsaufgaben befassen und mit einer vermehrten Effizienz dürften per Saldo schlussendlich vielleicht gar keine Mehrkosten entstehen.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, dass sich der Einwohnerrat dafür ausgesprochen hatte, dass klimarelevante Geschäfte mit einer hohen Priorität behandelt werden sollen. Der Leiter vom Hochbauamt muss sich ja beispielsweise bei Schulbauten-Projekten ebenfalls noch mit Energie- und Nachhaltigkeitsfragen befassen. Er würde es unterstützen, wenn man bei solchen Projekten einen Nachhaltigkeits-Sachverständigen zur Entlastung sowie besseren Effizienz zur Verfügung stellen könnte. Das hat überhaupt nichts mit der Bevormundung von Mitarbeitern zu tun, denn diese dürften froh sein, wenn sie sich bei solchen Projekten ihren Hauptaufgaben widmen können und nicht mit Fragen beschäftigen müssen, die nicht alltäglich sind.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass er den votierenden BPK-Mitgliedern mitteilen möchte, dass diesen durchaus bewusst sein dürfte, was man in Liestal in Sachen Nachhaltigkeit bereits tut. Und so weiss er nicht, was beispielsweise ein Nachhaltigkeitsbeauftragter noch mehr tun könnte. Bei beschränkten Ressourcen muss man sich halt immer wieder die Frage betreffend den Priorisierungen stellen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sie bei ihrem vorgängigen Votum überhaupt nicht meinte und sagen wollte, dass die Verwaltung hinsichtlich der Nachhaltigkeit einen schlechten Job mache. Es geht ja auch nicht darum, dass man gleich eine neue Fachperson anstellen will. Vielmehr soll der Stadtrat nach der Überweisung des Vorstosses prüfen und berichten.

Nathalie Oberholzer (GL) hält fest, dass die BPK ebenfalls sehr viel macht im Energiebereich, was sie auch sehr schätze. Es gibt aber auch weitere Bereiche wie beispielsweise Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiges Mobilitätsmanagement usw., die mit nachhaltiger Entwicklung zu tun haben.

Hanspeter Meyer (SVP) möchte in der Diskussion noch den Aspekt der regionalen Zusammenarbeit einbringen, denn all die geschilderten Probleme machen nicht bei den Gemeindegrenzen Halt und sollten gegebenenfalls auf regionaler Ebene gelöst werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, es sei viel Richtiges und Wichtiges von den Befürwortern sowie Gegnern des Vorstosses gesagt worden. Die Frage des SVP-Fraktionsprechers betreffend der approximativen Kostenschätzung kann er hier und heute nicht beantworten, doch auch diese könnte vom Stadtrat nach der Überweisung des Postulates noch geprüft und beantwortet werden.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr zum Postulat angemeldet werden.

://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2019/141 an den Stadtrat überwiesen.

243 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. **Universität - Postulat «Keine Universität am Dreispitz - neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/142)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 20. Mai 2019

Postulat

Keine Universität am Dreispitz – neue Chance für Liestal?

Bekanntlich haben sich die Regierungen beider Basel gegen einen Standort der Universität Basel unmittelbar am Bahnhof Liestal ausgesprochen und für einen Standort auf dem Dreispitz. Dies wurde u.a. mit der angeblich besseren Erschliessung des Dreispitzareals mit dem öffentlichen Verkehr / Anbindung an die Universität in der Basler Innenstadt begründet und mit folgenden Worten: „Mit einem Neubau für die Universität wird der sich in unmittelbarer Nähe befindliche Campus der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) eine attraktive Erweiterung erfahren. Die Nachbarschaft teilen werden die beiden Fakultäten auch mit der Hochschule für Wirtschaft der FHNW, die ebenfalls vom Bahnhof weg in einen Neubau auf dem Dreispitz ziehen wird. Damit entsteht auf dem Dreispitz ein attraktiver Cluster im Bereich Hochschulen.“¹ Der Basellandschaftlichen Zeitung (bz) vom 2. Dezember 2018² konnte jedoch entnommen werden, dass das für die Universität vorgesehene Areal im Baurecht bereits an Private verkauft worden ist – mit Verträgen mit Laufzeit bis Anfang des 22. Jahrhunderts – und diese Private nichts von der Verwendung ihres Landes wussten. Der bz vom 18. Mai 2018³ ist zu entnehmen, dass das vorgesehene Areal am Dreispitz definitiv nicht mehr in Frage komme – als Alternative werde das Arfa/Acifer-Areal bei der Motorfahrzeugkontrolle in Betracht gezogen. Gemäss bz vom 6. Mai 2019⁴ wird zudem auch der geplante Bau der Wirtschaftshochschule infolge Zonenwidrigkeit aller Voraussicht nach nicht/nie auf dem vorgesehenen Areal erstellt werden können, da Schulen nicht in besonders lärmintensiven Industriezonen realisiert werden dürfen, wie es der Dreispitz jedoch ist.

Damit ist festzuhalten: Die gewünschte Cluster-Bildung wird nicht zu Stande kommen, da weder die FHNW noch die Universität Basel an den beabsichtigten Standorten auf dem Dreispitz werden gebaut werden können (Zonenwidrigkeit/Areal über Jahrzehnte im Baurecht verkauft). Das Ersatzareal Arfa/Acifer befindet sich über 1 Kilometer vom gewünschten Areal entfernt und ist nur mit einer Buslinie (60) mit dem öV erschlossen– die Buslinie führt zudem nicht nach Basel, sondern nach Schweizerhalle resp. Biel-Benken⁵. Die nächste Tramstation ist ca. 750m weit entfernt. Grundlegende Rahmenbedingungen für die angeblichen Vorteile einer Uni am Dreispitz sind nicht mehr gegeben, weshalb der Kanton eigentlich von sich aus eine neue Evaluation aller Standorte vornehmen müsste.

Ich ersuche den Stadtrat daher zu prüfen und zu berichten

- 1. Ob die Planungen für einen Unistandort Liestal wieder aufzunehmen sind?*
- 2. Ob und wenn ja wie die Stadt Liestal beim Regierungsrat BL (und ggf. BS) sowie der Universitätsleitung vorstellig werden kann (oder soll), um einen Unistandort Liestal erneut als Alternative einzubringen oder gar eine neue Auslegeordnung zu fordern?*
- 3. Wenn nein, warum nicht?*

Es ist noch nicht zu spät!

* * * * *

¹ <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/regierungsrat/medienmitteilungen/muenchenstein-wird-neuer-standort-der-universitaet-basel>

² <https://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/unistandort-dreispitz-weder-cms-noch-baurechtnehmer-waren-informiert-133787469#>

³ <https://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/zurueck-auf-feld-eins-suche-nach-hochschulstandort-auf-dem-dreispitz-verkompliziert-sich-134492677>

⁴ <https://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/zonenpfusch-fachhochschule-kann-am-vorgesehenen-standort-nicht-gebaut-werden-134433049>

⁵ Das Gebiet wird zudem noch durch den Ortsbus Münchenstein (Linie 58) bedient.

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen, denn Liestal wäre nach wie vor ein guter Uni-Standort.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, dass es rein rechtlich gar keinen politischen Vorstoss braucht, da sich der Stadtrat ja bereits immer wieder für den Uni-Standort einsetzt und die Thematik auch erkannt hat. Der Rat bekommt aber nun mit dem Postulat nochmals die Gelegenheit, sich dazu äussern zu können und der Vorstoss kann ebenfalls eine politische Unterstützung für den Stadtrat bei den weiteren Verhandlungen sein. Er erwarte auch keinen riesigen Bericht zu seinem Vorstoss. Sollte dem Stadtrat beispielsweise die Studie bekannt sein, mit welcher der Dreispitz-Standort empfohlen wurde, könnte er dazu vielleicht auch noch etwas sagen oder in eigener Sache nochmals Werbung machen. Über den Uni-Standort kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein, doch habe ihn die Dreispitzareal-Lösung schon etwas erstaunt. Er frage sich schon, welche Abklärungen vom Regierungsrat im Vorfeld überhaupt getroffen wurden. Die Uni ist auf einem Grundstück und Areal geplant worden, welches nicht dem Kanton gehört und von der Eigentümerin für mehrere Jahre im Baurecht abgegeben wurde. Auch die Zonenvorschriften sind wohl ungenügend oder gar nicht beachtet worden, denn in einem Industriegebiet können ja wohl kaum Schulbauten erstellt werden. Und ist bei der ganzen Studie beispielsweise berücksichtigt worden, dass Liestal über einen Bahnanschluss verfügt und das Dreispitzareal auch keine besonders gute Verkehrsanbindung hat. Er bittet den Rat um die Unterstützung seines Vorstosses und die Überweisung an den Stadtrat.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, der Uni-Standort Liestal habe eine wichtige politische Bedeutung und so wird seine Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) bemerkt, er werde sich nicht dazu äussern, was der Regierungsrat bei den letzten Uni-Entscheiden falsch oder richtig gemacht habe. Die FDP-Fraktion befürwortet ebenfalls, dass man nun ein politisches Zeichen setzt, weshalb man das Postulat an den Stadtrat überweist.

Pascale Meschberger (SP) informiert, auch ihre Fraktion spreche sich grossmehrheitlich für eine Überweisung des Postulates aus. Die beiden Regierungsräte möchten ja, dass die Uni noch besser bikantonal verankert wird und deshalb macht ein Uni-Standort in Liestal durchaus Sinn. Das Passierte im Zusammenhang mit der Dreispitz-Variante ist schon etwas ein Trauerspiel, obwohl man die Details nicht kennt. Mit einem guten Konzept könnten die Standortvorteile von Liestal sicher aufgezeigt werden.

Michael Durrer (GL) teilt mit, auch seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung unterstützen. Die vermehrte Verlagerung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen in die Stadt Basel sowie deren Agglomeration macht beispielsweise auch verkehrstechnisch kaum Sinn, denn die Engpässe und Probleme sind bereits heute bekannt. Es gibt genügend Argumente, die für den Uni-Standort Liestal sprechen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr zum Postulat angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird das Postulat Nr. 2019/142 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.
Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

SCHLUSSWORT von Ratspräsident Peter Küng (SP)

Ratspräsident Peter Küng (SP) richtet in seiner Schlussrede folgende Worte an die Ratsmitglieder und Anwesenden:

*Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte
Geschätzte Stadträtinnen und Stadträte*

Bei meiner Antrittsrede wünschte ich mir gute, sachliche und kritische Diskussionen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das erreicht haben.

Wir behandelten in diesem Amtsjahr 94 Traktanden, aufgeteilt in 7 Traktanden mit Protokollbeschlüssen, 29 Sachgeschäfte mit zum Teil wichtigen Geschäften wie das Wasser- und Abwasserreglement, die Regionalfeuerwehr Liestal, der Kunstrasen-Ersatz, die Heidenlochstrasse sowie Stadtratsentschädigung. Auch wurden 18 Interpellationen beantwortet. 24 Postulate wurden überwiesen oder mit Berichten beantwortet und diskutiert. Zudem wurden 4 Motionen behandelt. 1 Resolution zum Thema Klimanotstand wurde nach einer sehr anregenden Diskussion an den Stadtrat überwiesen. 1 Verfahrenspostulat wurde zur Erledigung an das Büro weitergeleitet. 6 Wahlgeschäfte waren traktandiert und bei 4 Fragestunden wurden sehr viele aktuelle Themen beantwortet. Es wurden im vergangenen Amtsjahr Investitionen von 5`515`000 Franken beschlossen, was doch eine imposante Zahl ist.

Ich persönlich bin sehr überzeugt von der Institution Einwohnerrat. Wir haben wirklich die Möglichkeit uns mit Sachgeschäften intensiv auseinanderzusetzen und mit Vorstössen die direkte Demokratie mit zu gestalten und zu erleben. Ich möchte mich für Euer Engagement bedanken und wünsche Euch eine schöne Sommerzeit. Vielen Dank!

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt dem scheidenden Ratspräsidenten für die straffe Ratsführung im vergangenen Jahr sowie die guten Diskussionen im vergangenen Jahr. Namens des Stadtrates darf er ihm als kleines Zeichen der Anerkennung noch ein paar gute Tropfen aus dem Rathauskeller übergeben.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann